

12.08.2010

## Offener Brief an SPD-Kreisrat Raimund Ulrich

Sehr geehrter Herr Ulrich !

Wir haben kürzlich Aussagen von Ihnen zu Stuttgart 21 in der Presse gelesen, die wir als Bündnis Rems-Murr-gegen-S21 so nicht stehen lassen können. Wir beziehen uns auf die Ausgabe der WKZ vom 08.10.2010, zitieren Ihre Äußerungen und nehmen dazu Stellung.

1. „Warum haben sich die Gegner nicht viel früher so eindringlich zu Wort gemeldet ?“

Die Gegner haben sich schon sehr früh gemeldet, vielleicht haben Sie es nicht vernommen. Seit 1995 gibt es das Bündnis UMKEHR STUTTGART aus ADFC, BUND, LNV, NABU, Naturfreunde (!), PRO BAHN, VCD, und bei diesem Bündnis den Arbeitskreis Stuttgart 21, der sich kritisch mit S21 befasste und die Öffentlichkeit informierte. Daraus hervor ging die Initiative „Leben in Stuttgart“ mit ungefähr den gleichen Partnern, den GRÜNEN und der SÖS. **Diese Gruppen verschafften den Bürgern die Informationen, die ihnen von den S21-Machern entweder verschwiegen oder als Halb- oder Unwahrheiten aufgetischt wurden, z.Bp. über die wirklichen Baukosten.**

Der nach außen sichtbarste Schritt des Sich-Meldens war im Herbst 2007 in Stuttgart die Sammlung von Unterschriften für ein Bürgerbegehren, noch vor der Unterzeichnung der Finanzierungsverträge. Unabhängig von der rechtlichen Bewertung dieses Bürgerbegehrens: hier hätte die Politik und besonders die SPD erkennen müssen, dass ein großer Teil der Bevölkerung dieses Projekt nicht will. **67 000 haben sich damals zu Wort gemeldet, Herr Ulrich ! Ist Ihnen das nicht eindringlich genug ? „**

2. „... es sich hier um reine Investitionsmittel handelt, die, wenn nicht in Stuttgart, dann eben an anderer Stelle der Bundesrepublik eingesetzt werden.“

An erster Stelle sind diese Mittel unsere Steuern, egal ob Bundes-, Landes- oder kommunale Steuern. Das wollten die Leserbriefe, von denen Sie sprachen, zum Ausdruck bringen. Und die Politiker haben die Verantwortung, dass diese Steuermittel sinnvoll, effektiv und nachhaltig eingesetzt werden. Dies können wir bei Stuttgart 21 nicht erkennen. Wir können Ihnen allein für BW mindestens 10 Schienenprojekte nennen (vor allem die Rheintrasse), bei denen diese Investitionsmittel sinnvoller, effektiver und nachhaltiger einzusetzen wären. **Was ist das für eine Auffassung von Politik, bei der 33 km Tunnel gebaut werden sollen, nur um das Geld nach Stuttgart zu holen und dort zu „verbraten“.** Beton, Beton, Beton !

3. „Wenn unser Land und damit unsere Kinder und Enkel im großen Kreis der Mitbewerber wie China, Indien, USA, Russland etc. eine Chance haben wollten, „brauchen wir solche wirtschaftlichen Investitionen“

Damit meinen Sie sicherlich den **Ausbau einer leistungsfähigen Schieneninfrastruktur** für den Güterverkehr und da sind wir durchaus Ihrer Meinung. Aber Stuttgart 21 ist kein Beitrag dazu, auf dieser Strecke bis Ulm wird wohl nie ein Güterzug fahren (zu steil, zu teuer) und dies ist wohl auch nicht erforderlich. Dazu gibt Ihnen und uns die im Auftrag des UBA erstellte Studie Schienenverkehr 2025/2030 eine Vielzahl von Informationen, sie ist ab heute im Internet verfügbar.

Auch im Personenfernverkehr bringt S21 keine wesentlichen infrastrukturellen Verbesserungen gegenüber dem Konzept K21, im Gegenteil gehen viele Fachleute und Bahnexperten eher von einer Verschlechterung aus (Nadelöhr Tiefbahnhof). Dabei hat Stuttgart jetzt den leistungsfähigsten Kopfbahnhof Deutschlands. Wir fragen Sie, Herr Ulrich: mit Frankfurt 21 und München 21 waren ähnliche Projekte geplant und werden nicht realisiert. Werden Hessen und Bayern jetzt vom Weltmarkt abgehängt ?

4. „Der Zug isch oifach naus !“ , d.h. das Projekt sei unumkehrbar.

Wir wären uns an Ihrer Stelle da nicht so sicher !

Das Projekt S21 ist aus unserer Sicht so „auf Kante genäht“, so teuer, so sinnlos, so unnützlich, so unflexibel – hierzu gibt es Aussagen einer Vielzahl unabhängiger Institute und Fachleute.

**Ein Ausstieg auch zu einem späteren Zeitpunkt ist immer noch billiger als die Realisierung des im bahntechnischen Betrieb und in den Kosten und Folgekosten (!) unkalkulierbaren Projekts.** Die bis jetzt durchgeführten Arbeiten (außer Planungskosten) sind nicht mal 0,1 % des Gesamtvolumens und wären zum Teil auch für die Ertüchtigung des Kopfbahnhofs notwendig. Für schon vergebene Aufträge gibt es sicherlich Ausstiegsklauseln.

**Wenn die politischen Entscheidungsträger es wollen, ist ein Moratorium möglich.**

Verträge können in gegenseitigem Einverständnis rückgängig gemacht werden.

„Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende“. Was vor 15 Jahren vielleicht als sinnvoll erschien, ist es heute nicht mehr. **Seit den 90er Jahren haben sich die betriebstechnischen, finanziellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erheblich geändert.** So ist z.B. heute kein Lokwechsel mehr erforderlich, vor 20 Jahren, als die Idee vom Durchgangsbahnhof entstand, war das anders.

Es würde für die Handlungsfähigkeit der SPD sprechen, dies zu erkennen und zuzugeben. Herr Ulrich, handeln Sie nicht nach dem Prinzip „Augen zu und durch!“. Warten Sie nicht, bis die ersten Orts- und Kreisverbände der CDU Sie links überholen. Treten Sie für einen Baustopp ein und lassen Sie uns nach einer Denkpause gemeinsam weitermachen – wenn Sie wollen, nennen Sie es Stuttgart 21, **aber dann mit Kopf !**

Wolfgang Schwarz, Sprecher im Bündnis Rems-Murr gegen Stuttgart 21  
Pappelweg 66,  
73614 Schorndorf